



> Der Demonstrationzug nahm kein Ende.



Landesbedienstete demonstrieren für gerechte Bezahlung und mehr Personal

Wir protestierten vor dem Landtag, weil wir keine andere Chance mehr haben, denn man will oder kann uns nicht verstehen. Wir protestieren, weil die Grenzen des Zumutbaren an Sonderopfern und Sparzwängen durch die Regierung und das Parlament von Sachsen-Anhalt gegenüber den Beschäftigten und Beamten deutlich überschritten sind. Wir protestieren, weil wir nicht länger zur Sanierung des Haushaltes das Sparschwein der Nation sein wollen. Wir protestieren, weil in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes der Personalnotstand herrscht und wir mittlerweile an unsere Belastungsgrenzen gekommen sind.

Mit einem Protestmarsch durch die Magdeburger Innenstadt und einer anschließenden Kundgebung vor dem Landtag haben am 28. Oktober

2016 1 200 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegen sich weiter verschlechternde Arbeitsbedingungen, gegen eine unzureichende Personalausstattung und für eine gerechte Bezahlung demonstriert.

Die vielen Demonstranten machten sich bei ihrem Marsch durch die Stadt und während der Kundgebung auf dem Domplatz immer wieder mit ohrenbetäubendem Pfeifen, Trommeln und Klatschen ihrem Frust auf die Sparpolitik Luft. Nach der Rede des dbb- und DPoIG-Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck dürfte auch der Letzte im Landtag wach geworden sein.

„Der von der Landesregierung beschlossene und jetzt im

Landtag beratene Gesetzentwurf zur Herstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung entspricht ganz und gar nicht unseren Vorstellungen. Die Nachzahlungen an die Beamtinnen und Beamten für die Vergangenheit sind zu niedrig. Offenbar rechnet Sachsen anders als Sachsen-Anhalt. Dort erhält ein Regierungsinspektor/Polizeikommissar, acht Jahre im Dienst, verheiratet, zwei Kinder eine Nachzahlung in Höhe von etwa 3 860 Euro, während sein Kollege in Sachsen-Anhalt nur 520 Euro bekommt“, kritisiert dbb- und DPoIG-Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck.



> Wolfgang Ladebeck spricht klare Worte in Richtung Landtag.

Außerdem enthalte der Gesetzentwurf keine Regelung, die eine verfassungsgemäße Besoldung auch in der Zukunft sicherstellt. Die Landesregierung habe es versäumt, mit der Besoldungsnovelle auch das seit 2005 gestrichene Weihnachtsgeld (Jahressonder-

zahlung) wieder einzuführen. Stattdessen wolle das Kabinettdazu erst 2017 ein eigenständiges Gesetz auf den Weg bringen. Auch die Höhe des im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Weihnachtsgeldes, 600 Euro bis zur Besoldungsgruppe A 8, 400 Euro ab A 9 und 200 Euro für Anwärter und Versorgungsempfänger, habe zu empörenden Reaktionen bei den Betroffenen geführt. Die gestaffelte Jahressonderzahlung Ost sei bei den Tarifbeschäftigten in jeder Entgeltgruppe höher und werde zudem ab 2019 an das Tarifgebiet West angeglichen, während die Beamten mit niedrigen Einmalzahlungen abgespeist werden sollen“, sagte Ladebeck. Neben einer fairen Bezahlung fordern dbb und DPoIG eine Kurskorrektur in der Personalpolitik. „Die ist zwar mit dem Beschluss der Landesregierung, mehr Lehrer und Polizisten einzustellen, eingeleitet, wir brauchen aber auch mehr Personal in den Fachverwaltungen. Dann müssen auch keine Aufgaben mehr ausgelagert und Gutachten an Externe vergeben werden“, so Ladebeck in Anspielung auf die Berateraffäre.

Lautstarke Unterstützung mit Trillerpfeifen und Rasseln erhielt der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler,

Impressum:

Redaktion:
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)
polizeispiegel@dpolg-lsa.de
Tel./Fax: 039206.53948
Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleifufer 12
39104 Magdeburg
Tel. 0391.5067492
Fax 0391.5067493
www.dpolg-lsa.de
info@dpolg-lsa.de
ISSN 0945-0521



© DPoIG SA



© Windmüller



© DPoIG SA

besonders von seinen Kolleginnen und Kollegen aus der Finanzverwaltung.

Eigenthaler, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes ist, warf der Landesregierung vor, mit ihrer verfehlten Besoldungspolitik die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen. Die Bevölkerung wolle einen starken Staat mit einer gut aufgestellten Verwaltung sowie ein hohes Maß an innerer Sicherheit und beste Bildungsmöglichkeiten für die Jugend.



© Windmüller

Thomas Eigentahler

Eigentahler wörtlich: „Die verbissene Sparpolitik des Landes führt zu willkürlichen Son-

deropfern, vor allem in der Beamtenschaft. Dies ist ein Motivationskiller erster Ordnung und provoziert die Abwanderung des Nachwuchses in benachbarte Bundesländer.“



© Windmüller

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft: „Mit der Föderalismusreform ist leider das eingetreten, wovor wir als Gewerkschaft immer gewarnt haben: Unterschiedliche Besoldung – und vielerorts auch noch schlechte Besoldung – bei bundesweit gleicher Arbeit unserer Beamtinnen und Beamten. Und damit nicht genug. Die Landesregierung versucht auch, einen Keil zwischen Be-

amte und Angestellte zu treiben, indem sie die Beamten zukünftig mit einer geringeren Jahressonderzahlung abspeisen will als die Tarifbeschäftigten. Aber da kennen die Politiker uns schlecht. Denn das werden wir als DPoIG und dbb nicht zulassen! Wir werden für eine gerechte und faire Bezahlung lautstark eintreten. Die Demonstration heute in Magdeburg ist nur der Anfang!“



© Windmüller

Karl-Heinz Leverkus

Karl-Heinz Leverkus, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, kritisierte Schwarz-Rot-Grün dafür, dass sie die landesspezifischen Tarifverträge zur Teilzeit und Altersteilzeit nicht verlängern

wollen und auf die bestehenden Vorschriften zur Gewährung von Teilzeit verweisen. „Die Tarifverträge sind bei den Beschäftigten auf hohe Akzeptanz gestoßen. Angesichts des steigenden Lebensalters der Landesbeschäftigten und des gestiegenen Renteneintrittsalters sind Teilzeit und Altersteilzeit gute Möglichkeiten, private Lebensführung, Familie und Beruf zu fördern und die Arbeitszeit flexibel zu gestalten. Deshalb brauchen wir rechtssichere und einheitliche Regelungen“, sagte Leverkus.



© Windmüller

Finanzminister André Schröder (links) diskutiert mit Wolfgang Ladebeck.

Es werden weitere Aktionen folgen – das wird ein heißer Winter!

Leistungen der DPoIG weiter verbessert!



© DPoIG SA

> Wolfgang Ladebeck, Rechtsanwalt Reiner Wilkens und Kerstin Koch

Am 20. Oktober 2016 trafen sich in der Geschäftsstelle der DPoIG der Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck, Rechtsanwalt Reiner Wilkens und die stellvertretende Landesvorsitzende Kerstin Koch.

Ziel dieses Treffens war es, die Leistungen der DPoIG weiter zu verbessern. Es ist uns gelungen, ein attraktives Angebot für un-

sere Mitglieder zu vereinbaren. Die Kanzlei am Rathaus bietet unseren Mitgliedern ab Januar 2017 eine günstige Rechtsberatung auch für Sachverhalte, welche nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Dienst stehen, an. Ob es sich nun um Zivilrecht, Erbrecht, Strafrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht, Baurecht, Miet- und Wohneigentumsrecht und so

weiter handelt, hier wird unseren Mitgliedern geholfen. Diese Beratungen werden in dem Büro der Kanzlei in Magdeburg, Am Schleinufer 12, durchgeführt. Für eine solche Rechtsberatung, Dauer 30 Minuten, wird ein Betrag von 20 Euro erhoben. Mit der Kanzlei am Rathaus haben wir einen starken Partner an unserer Seite. Unsere Mitglieder können

hier eine individuelle Beratung, umfassende rechtliche Aufklärung und Informationen erwarten. Eine Vorstellung der Kanzlei am Rathaus und den Rechtsanwälten findet man auf der Internetseite www.kanzlei.amrathaus.de.

Zur Vermeidung von Wartezeiten und Terminüberschneidungen bitten wir unsere Mitglieder, Termine direkt über die Kanzlei am Rathaus, Telefon: 0581.976570, oder die Geschäftsstelle der DPoIG LSA, Telefon: 0391.5067492, zu vereinbaren.

Und es zeigt sich hier wieder: Mitglied sein lohnt sich!

*Kerstin Koch,
stellvertretende
Landesvorsitzende*

Landesjugendleiter bei der BJK in Königswinter



© DPoIG SA

> Die Teilnehmer der zweiten Bundesjugendkonferenz

Vom 16. bis 18. Oktober fand die zweite Bundesjugendkonferenz der JUNGEN POLIZEI in der dbb akademie in Königswinter statt. Dabei treffen sich zweimal im Jahr die Vertreter der JUNGEN POLIZEI der einzelnen Länder und der Bundespolizei, um gewerkschaftliche Themen zu besprechen und sich auszutauschen. Eines der Hauptthemen aus den Ländern waren die Neuein-

stellungen und die Mitgliederwerbung.

Diese BJK war die letzte in der aktuellen Legislaturperiode der jetzigen Bundesjugendleitung. Neben dem Bericht der Bundesjugendleitung und Kassenangelegenheiten stand ein Großteil der Konferenz im Zeichen des bevorstehenden Bundesjugendkongresses – dem höchsten Gremium der JUN-

GEN POLIZEI auf Bundesebene – welcher alle fünf Jahre stattfindet. Dabei ging es um die Organisation, Planung und Kandidatenaufstellung für die Wahl der neuen Bundesjugendleitung im April 2017.

Ein wichtiger Punkt bei diesen Veranstaltungen ist das gegenseitige Kennenlernen und Netzwerken, welches wieder einmal intensiviert wurde. So



können länderübergreifende Fragen, Anfragen und Aktionen innerhalb kürzester Zeit ausgetauscht und beantwortet werden.

*Tibor Nyári,
Landesjugendleiter*

DPoIG LSA unterstützt Stiftung



Die DPoIG LSA hat wie bereits in den vergangenen Jahren zum Weihnachtsfest und zum bevorstehenden Jahreswechsel keine Festtagsgrüße per Post versandt.

Der Landesvorstand hat beschlossen, diese ein-

gesparten Brief- und Portogebühren in Höhe von 300 Euro in Form eines Spendenschecks an die Stiftung der DPoIG zu übergeben.

Die Stiftung unterstützt bundesweit im Dienst verletzte Polizeibeamte/-innen und die

Angehörigen anderer Sicherheitsbehörden – beispielsweise aus Justiz, Zoll oder Feuerwehr – und deren Familien.

Auch den Hinterbliebenen von ums Leben Gekommenen aus diesem Personenkreis steht diese Hilfe zur Verfügung. ■

> Gratulation

Wir gratulieren allen Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag haben, und wünschen Gesundheit und alles erdenklich Gute.

Der Landesvorstand



© DPoIG SA

Frohe Weihnachten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser des POLIZEISPIEGELS,

der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und die Redaktion POLIZEISPIEGEL wünschen Euch/Ihnen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein neues, erfolgreiches und gesundes Jahr 2017.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die über die Feiertage Dienst verrichten müssen, wünschen wir einen ruhigen Dienst und dass dennoch Zeit bleibt, gemeinsame Stunden mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

*Wolfgang Ladebeck
Landesvorsitzender*

*Gregor Henschke
Landesredakteur*

© DPoIG SA